

Aarau, 21. August 2020

Medienmitteilung

Unternehmen entlasten – Verwaltung schlank halten

Vorgehen des Regierungsrats für Budget 2021 angemessen, Justierungen notwendig

Das heute vorgestellte Budget 2021 schliesst mit einem Verlust von CHF 121 Mio. ab. Dieser wird hauptsächlich mit steuerlichen Mindereinnahmen wegen der Corona-Pandemie begründet. Ein kann nur dank dem Griff in die Ausgleichsreserve verhindert werden. Der Regierungsrat bezeichnet das Budget 2021 aufgrund der Corona-Unsicherheiten als Übergangsbudget. Die FDP Aargau kann das nachvollziehen. Trotz allen Widrigkeiten ist für 2021 jedoch so genau wie möglich zu budgetieren. Für die Stärkung der Wirtschaftslage müssen die Unternehmen entlastet werden. Die vorgesehene Aufwandsteigerung sowie der deutliche Personalaufbau stehen angesichts der aktuellen Lage quer in der Landschaft. Die FDP beurteilt dies kritisch. Im Weiteren erwarten die Freisinnigen vom Regierungsrat in der Budgetberatung Aussagen zum Stand der Entwicklungsschwerpunkte im Rahmen der laufenden Reformmodule. Ein entsprechender Statusbericht fehlt bisher.

Der Regierungsrat will eine erneute Schieflage des Staatshaushaltes verhindern. Ein mittelfristig ausgeglichener Haushalt habe oberste Priorität. Die FDP kann dieses Ansinnen, auch aufgrund der vergangenen schwierigen Diskussion um die Haushaltsanierung, unterstützen. Als Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftslage fordert die FDP u.a. eine deutliche Senkung der Steuerlast für Unternehmungen. In die falsche Richtung geht die vom Regierungsrat erwähnte Aufwandsteigerung von über CHF 140 Mio., ebenso die Erhöhung des Personalbestands in der Verwaltung um 150 Stellen und 142 Stellen bei den Lehrpersonen. In der Privatwirtschaft herrscht Kurzarbeit und es werden reihenweise Stellen gestrichen. Die FDP steht der Aufwandsteigerung, der Personalaufstockung und der Lohnerhöhung deshalb kritisch gegenüber.

Effizienzgewinn durch Digitalisierung und Entlastung der Unternehmen

Erfreut ist die FDP über die in Aussicht gestellte Modernisierung und Digitalisierung der kantonalen Verwaltung und ihrer Kundendienstleistungen. Davon ist ein Effizienzgewinn zu erwarten. Positiv ist ebenso, dass der Regierungsrat strategische Initiativen zur Stärkung des Ressourcenpotenzials lanciert hat, damit der Kanton Aargau nicht mehr derart auf den nationalen Finanzausgleich NFA angewiesen ist. Die von der FDP geforderten zeitgemässen Steuerabzüge für die Krankenkassenprämien sind in die Planung ab 2022 eingeflossen. Das entlastet die Familien stark und fördert somit indirekt die Wirtschaft. Die von der FDP ebenfalls geforderte Anpassung der Gewinnsteuertarife für Unternehmen ist im AFP zu unverbindlich und zu spät angesetzt. Die Anpassung muss ebenfalls auf 2022 erfolgen. Konkrete Erkenntnisse und Massnahmen erwartet die FDP vom Regierungsrat aus dem Corona-Bericht, welchen die FDP vom Regierungsrat verlangt hatte. Dieser soll im Frühjahr 2021 vorliegen. Die FDP wird diesen Bericht genau studieren, auch vor dem Hintergrund der herausfordernden Wirtschaftslage.

Grossrat Gabriel Lüthy, Ressortleiter Finanzen und Ressourcen:

«Die Bemühungen, die Abhängigkeit des Kantons Aargau vom NFA zu minimieren, werden von der FDP klar unterstützt. Wir müssen unsere eigenes Ressourcenpotenzial besser nutzen.»

Grossrätin Sabina Freiermuth, Fraktionspräsidentin:

«Der Regierungsrat hat im Rahmen des Möglichen eine finanzpolitische Auslegeordnung für 2021 gemacht. Die FDP-Fraktion erwartet darüber hinaus noch konkretere Informationen zum Stand der mehrjährigen Reformmodule. Auffallend ist beispielsweise, dass der Entwicklungsschwerpunkt Verkürzung der Schuldauer bis zur gymnasialen Matur sang- und klanglos beendet werden soll.»

Grossrat Lukas Pfisterer, Parteipräsident:

«Die Aufwandsteigerung von über 140 Millionen Franken und den geplanten Stellenausbau werden wir seitens FDP sehr kritisch analysieren, gerade im Rahmen der Corona-Wirtschaftskrise. Hier gilt es, Wünschbares von Machbarem zu unterscheiden.»

Weitere Auskünfte:

Gabriel Lüthy, Grossrat, Ressortleiter Finanzen und Ressourcen, Tel. 079 823 05 42

Sabina Freiermuth, Grossrätin, Fraktionspräsidentin, Tel. 079 333 51 78

Lukas Pfisterer, Grossrat, Parteipräsident, Tel. 076 468 49 91